

# POLIZEI REPORT

G 46983  
ISSN 0937-5333

Nr. 100 · Dez. 2025



Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen in der Gewerkschaft der Polizei  
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

# INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

# POLIZEI REPORT



Markus Hüschentett

## Zwischen Reformdruck und Realität: Was P25/S25 bei der Polizei Hessen für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Die hessische Polizei steht wieder einmal mitten in einer Phase der Neuorganisation (P25/S25) – natürlich auch in Osthessen und Südosthessen. Dienststellen werden umstrukturiert, Zuständigkeiten verschoben, und immer neue Konzepte sollen Effizienz, Bürgernähe und Modernität gewährleisten. Doch während auf ministeriellen Folien von „Unser wichtigstes Gut: die Menschen“ und „Standardisierung“ die Rede ist, erleben viele Kolleginnen und Kollegen in der Fläche etwas anderes: mehr Belastung, weniger Personal und das Gefühl, dass die Praxis im Alltag auf der Strecke bleibt. Wir beschäftigen uns wieder einmal mit uns selbst. Konzepte werden vorgestellt und wieder verworfen (z. B. K40). Bei der Polizei Hessen wären wir auch ohne die Anliegen der Bürger immer gut beschäftigt.

Vorwort	3
Delegiertenkonferenz der BG Südosthessen	5
GdP Beirat in Bruchköbel	7
Jahresfahrt der BG Südosthessen	10
Verabschiedung Renate Väth	12
Verkleinerung der PSt Mühlheim	13
ID.BUZZ für die PSt Fulda	13
HPM Schießen in Motzfeld	15
Senioren-Seminar: Sicher unterwegs im Internet	17
Vorbereitung auf den Ruhestand	18
Junge Gruppe richtet sich neu aus	19
Kaufkraft unter enormem Druck	20
Gefahr aus der Luft – Aufgabe für die Polizei?	22
Neues aus dem Hauptpersonalrat der Polizei	24
Solidarität zeigen – gemeinsam für die Polizei	25
Föderalismus in der Polizei – Zeit für Einheit!	26

*Titelbild: GdP Hessen*

Und das Gefühl, nicht zu wissen, wo man im Frühjahr arbeitet, löst bei vielen ein Gefühl der Unsicherheit aus.

### Schöne neue Welt / P25 S25

Grundsätzlich könnte man von den Erfahrungen anderer Bundesländer lernen. In Rheinland-Pfalz wurde etwas Ähnliches bereits umgesetzt – dort heißt es „KriBe 5.0 – Kriminalitätsbekämpfung der Zukunft“. Die GdP Hessen steht daher im Austausch mit der GdP RLP, um durch deren Erkenntnisse Probleme möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen.

Aber zurück zu Hessen. Die Idee, dass sich weniger Menschen durch digitale Prozesse gegenseitig ersetzen können, mag auf dem Papier funktionieren – in der Realität des Streifendienstes, der Ermittlungsgruppen, Kommissariate oder bei der Verkehrssachbearbeitung sieht es anders aus. Arbeit verdichtet sich, Überstunden wachsen, und das Gefühl, nicht mehr hinterherzukommen, nimmt zu.

Wenn sich bei unterschiedlichen Organisationseinheiten unabhängig voneinander Vorgangsrückstände im vierstelligen Bereich, sog. „Halden“, bilden, ist das

ein deutliches Zeichen, dass etwas nicht stimmt und dass eben nicht alles optimal zugeschnitten ist. Hoffnungen auf eine Lösung durch KI oder automatisierte Programme oder durch eine neue Organisationseinheit verlagern das Problem in die Zukunft und in die Zuständigkeit von dann anderen Führungskräften. Dass fast zeitgleich die flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in Strafsachen (EAS) erfolgte, macht die Umorganisation nicht einfacher.

### Strukturen allein lösen keine Probleme

Natürlich müssen Strukturen überprüft werden, wenn sich Gesellschaft, Kriminalitätsformen und Technik verändern. Aber eine gute Reform erkennt man daran, ob sie den Kolleginnen und Kollegen, die sie umsetzen müssen, hilft. Wenn stattdessen nur Zuständigkeiten verschoben werden, während das alte Grundproblem – zu wenig Personal für zu viele Aufgaben – bestehen bleibt, dann sind die Reformen Augenwischerei.

Die Polizei ist kein Verwaltungsunternehmen, das sich nur über Organigramme steuern lässt. Sie ist eine Organisation von Menschen, die Tag für Tag Verantwortung tragen, Entscheidungen in Sekunden treffen müssen und für Sicherheit sorgen. Das kann man nicht von oben herbeioorganisieren – das muss man mit den Kolleginnen und Kollegen gestalten.

### Belastung, Motivation, Fürsorge

Die zunehmende Arbeitsverdichtung bleibt nicht ohne Folgen. Viele Kolleginnen und Kollegen berichten von steigendem Druck, von sinkender Planbarkeit, mitunter fehlender Rückendeckung und von einem Verlust an Identifikation mit der Dienststelle. Wer jahrelang eine Organisationseinheit mit aufgebaut hat, fühlt sich nicht ernst genommen, wenn plötzlich neue Zuständigkeiten oder Einsatzgebiete ausgerufen werden – ohne nachvollziehbare Beteiligung.

Hier ist Führung gefragt – aber auch klare Worte aus der Gewerkschaft. Die GdP fordert:

- Echte Beteiligung der Beschäftigten und Personalräte bei allen Umstrukturierungen.
- Verlässliche Personalplanung, bevor neue Strukturen geschaffen werden.
- Keine Reform der Reform wegen – auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen, die ohnehin schon am Limit arbeiten.

### Unsere Position: Reform ja – aber nicht ohne Rückhalt

Als Gewerkschafter stehen wir Veränderungen nicht grundsätzlich im Weg. Wir wissen, dass die Polizei sich weiterentwickeln muss, um modernen Herausforderungen gerecht zu werden – von Cybercrime bis Migration, von Prävention bis Einsatzbewältigung. Aber wir sagen

auch klar: Wer Reformen will, muss sie so gestalten, dass sie tragfähig, praxisnah und personalverträglich sind. Ohne die Menschen mitzunehmen, wird jede Reform scheitern.

Eine Organisation, die ständig neu geordnet wird, verliert irgendwann ihre Stabilität. Und Stabilität ist das, was Polizei braucht – nach innen wie nach außen.

### Schlusswort

Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten tagtäglich hervorragende Arbeit, oft unter schwierigen Bedingungen. Sie verdienen Planungssicherheit, Anerkennung und klare Strukturen – keine Schreibtischkonzepte, die an der Realität vorbeigehen.

Die GdP wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Stimme der Basis gehört wird. Denn nur, wer die Praxis kennt, kann Veränderungen so gestalten, dass sie tatsächlich besser sind – und nicht nur anders. ■

Markus Hüschentbett,  
Vorsitzender GdP Bezirksgruppe  
Südosthessen



#### Office Solutions

Alles, was man im Büro benötigt.



#### Print Solutions

Alles, was man bedrucken kann.



#### Dialog Solutions

Alles, was Kommunikation ausmacht.



#### Graphic Solutions

Alles, was gut aussehen soll.

**Eichhorn**  
Solutions

Eichhorn Solutions GmbH | Rosbach v.d.H. | [www.eichhorn-solutions.de](http://www.eichhorn-solutions.de)



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg, PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

#### Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrherr  
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

#### Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,  
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

#### Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
Telefon (0 69) 7 89 16 52

#### Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

#### Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen  
V.i.S.d.P. Markus Hüschentbett  
Spessartring 61, 63071 Offenbach  
GdP BZG Osthessen

V.i.S.d.P. Christian Störkel

An der Au 5, 36304 Alsfeld

#### Druck und Verarbeitung:

Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.  
(ISSN 0937-5333)

# DELEGIERTENKONFERENZ DER BZG SÜDOSTHESSEN

## FÜR DIE ZUKUNFT GUT AUFGESTELLT



*Beisitzer Junge Gruppe:* Felix Kuschel  
*Vertreterin Tarif:* Nicole Jae  
*Kassenprüfer:* Christian Hertel /  
 Sven Hämel  
*Vertreter Landeskrollausschuss:*  
 Martin Bedel

Nach der Wahl wurden über den Landesdelegiertentag 2026 in Marburg gesprochen. Dieser findet vom 21.04. – 23.04.2026 statt, natürlich auch mit Delegierten aus SOH.

Zum Ende wurde die Rede zu aktuellen Landesthemen von unserem Landesvorsitzenden Jens Mohrherr von Markus Hüschentbett, Stefan Wagner sowie Sabine Spangenberg vorgetragen, da Jens wegen einer wichtigen Angelegenheit im HPR leider nicht anwesend sein konnte.

Durch Sabine Spangenberg wurde die App „Corporate Benefits“ für Interessenten vorgestellt. Mit der App hat man viele Sparmöglichkeiten durch die GdP-Mitgliedschaft.

Die Bezirksgruppe Südosthessen hat sich durch die Wahlen deutlich verjüngt, und für die Zukunft gut aufgestellt. ■

Sabine Spangenberg,  
 Bezirksgruppe Südosthessen

Der Vorsitzende Markus Hüschentbett eröffnete am 28.10.2025 die 6. ordentliche Delegiertenkonferenz mit der Begrüßung der Teilnehmer und dem Gedenken an die Verstorbenen.

Im Anschluss gab er einen Rückblick auf die Aktivitäten und Aktionen der vergangenen 4 Jahre, z.B. Streiks und Demos, Öffentlichkeitsaktionen oder gesellige Veranstaltungen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Bildung. Es wurden verschiedene Seminare angeboten. Unter anderem z.B. „Resilienz“, „Beihilfe“ oder „Innere Kündigung“ sowie ein Workshop mit den Kolleginnen und Kollegen der Wachpolizei.

Durch unseren Seniorenvertreter Norbert Tumbrägel wurde im August ein Ausflug zum Weinfest nach Volkach durchgeführt, welcher regen Zuspruch fand.

Kollege Felix Kuschel plant einen Ausflug zum hessischen Landtag in Wiesbaden. Infos hierzu erfolgen zeitnah an die Mitglieder.

Durch den stellvertretenden Kassierer, Holger Maue, wurde berichtet, dass die Kasse durch unseren pensionierten Kollegen Frank Laudahn sehr sorgfältig geführt wurde.

Die Kassenprüfer, Martin Bedel und Sven Hämel, hatten die Kasse geprüft und bestätigten eine einwandfreie Kassenführung.

Es folgte nun die Wahl des neuen Bezirksgruppenvorstandes. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

*Vorsitzender:* Markus Hüschentbett

*Vertreter:* Stefan Wagner

Sabine Spangenberg

Tina Sauer

*Kassierer:* Holger Maue

*Stellv. Kassierer:* Benedikt Lubig

*Schriftführerin:* Alexandra Geis

*Stellv. Schriftführerin:* Many Maue

*Beisitzerin Frauen:* Katja Uffelmann

*Seniorenvertreter:* Norbert Tumbrägel



**Der neugewählte Vorstand der  
 Bezirksgruppe Südosthessen**

# GdP BEIRAT IN BRUCHKÖBEL FORDERT:

## GERECHTE BESOLDUNG, FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN – JETZT HANDELN!

Am 30. Oktober 2025 tagte der Beirat der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hessen im Stadthaus Bruchköbel im Main-Kinzig-Kreis. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Kreisgruppen waren zusammengekommen, um gewerkschaftspolitische Schwerpunkte zu beraten.



Jens Mohrherr eröffnete die Sitzung und stellte diese unter das Rubrum vieler gewerkschaftspolitischer Schwerpunktthemen, von gerechter Besoldung über faire Arbeitsbedingungen bis hin zu Zukunftsfragen der hessischen Polizei. Der Beirat ist das höchste Gremium der GdP Hessen zwischen den Landesdelegiertentagen und bestimmt maßgeblich die politische Linie des Landesvorstandes.



Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Daniel Klimpke, der souverän durch das Programm führte. Die Bruchköbeler Bürgermeisterin und ehe-

malige Polizeibeamtin, Sylvia Braun, begrüßte die Gäste mit einem Augenzwin-



kern: Noch nie sei das Stadthaus so gut gesichert gewesen – denn zeitgleich tagte auch die Ordnungs- und Stadtpolizei des Main-Kinzig-Kreises. Sylvia Braun war 30 Jahre lang als Kriminalhauptkommissarin tätig, bevor sie seit April 2020 das Amt der Bürgermeisterin übernahm. Mittlerweile wurde sie mit beeindruckender Mehrheit Mitte Oktober 2025 zum zweiten Mal wiedergewählt. Es ist immer wieder schön anzusehen, wenn Kolleginnen und Kollegen aus der Polizei Ämter einer Bürgermeisterin oder eines Bürgermeisters übernehmen. Dies zeugt von Kompetenz und einem hohen Maß an Vertrauen für unseren Berufsstand!

### Gewerkschaftspolitischer Bericht: Klare Kante für faire Bezahlung

In seinem umfassenden Geschäftsbericht zog Landesvorsitzender Jens Mohrherr eine Bilanz der vergangenen Monate und gab einen Ausblick auf die kommenden Herausforderungen. Im Mittelpunkt stand die anhaltende Auseinandersetzung um die verfassungswidrige Besoldung in Hessen und die Verschiebung der Besoldungserhöhung um vier Monate. „Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten tagtäglich einen enormen Beitrag zur Sicherheit in diesem Land. Es ist nicht hinnehmbar, dass sie finanziell und strukturell weiter benachteiligt werden“, betonte Mohrherr. Die GdP Hessen fordere daher eine gerechte Besoldung, die dem verfassungsrechtlichen Anspruch

genügt und die tatsächliche Arbeitsbelastung widerspiegelt. Ein weiteres zentrales Thema waren die Arbeitsbedingungen in der hessischen Polizei. Angesichts wachsender gesellschaftlicher Spannungen und steigender Einsatzbelastung brauche es endlich mehr Anerkennung und konkrete Entlastung. „Wir müssen die Arbeitsrealität unserer Kolleginnen und Kollegen ernst nehmen – jetzt, nicht erst morgen“, so Mohrherr weiter. Auch die Gewalt gegen Polizeibeschäftigte war Schwerpunktthema. „Jeder Angriff auf eine Polizistin oder einen Polizisten ist ein Angriff auf den Staat und unsere Demokratie“, erklärte Mohrherr unter großem Beifall. „Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass diejenigen, die täglich für die Sicherheit anderer eintreten, selbst immer häufiger Opfer von Gewalt werden.“ Er forderte mehr Rückhalt aus Politik, Justiz und Gesellschaft: „Wer Polizistinnen und Polizisten angreift, greift die Werte unseres Zusammenlebens an. Wir erwarten, dass solche Taten konsequent verfolgt und geahndet werden – ohne Relativierung.“

Neben einer konsequenten Strafverfolgung mahnte Mohrherr auch besseren Schutz und Nachsorge an: „Schutz darf nicht nur in Worten bestehen. Es braucht wirksame Maßnahmen, klare Einsatzkonzepte und eine professionelle Betreuung der Betroffenen nach Gewalterfahrungen.“

### Premiere: Landespolizeipräsident Paschek zu Gast



Ein besonderer Höhepunkt war der Besuch des **Landespolizeipräsidenten Felix Paschek**, der als erster LPP an einer Beiratssitzung der GdP Hessen teilnahm. In seinem Grußwort sprach Paschek über die zentralen Zukunftsprojekte der hessischen Polizei – von **Standardisierung und Digitalisierung** über **belastungsorientierte Personalsteuerung** bis hin zu den Projekten **P 25, S 25** und **weitere Projekte rund um die hessische Polizei**. Unter dem Leitgedanken „*Was braucht eine erfolgreiche Polizei?*“ stellte er klar: „Unser wichtigstes Gut sind die Menschen, die in dieser Organisation arbeiten.“ Paschek bedankte sich ausdrücklich für den konstruktiven und engagierten Beitrag der Personalräte und Gewerkschafter.

Im Anschluss stand er den Anwesenden für zahlreiche Fragen zur Verfügung. LPP Felix Paschek sparte auch das Thema rund um die Vorfälle beim 1. Polizeirevier in Frankfurt am Main nicht aus. Im 1. Polizeirevier Frankfurt am Main (Ost-Zeil) laufen Ermittlungen gegen **17 Polizeibedienstete** wegen mutmaßlicher **Körperverletzung im Amt, Strafvorbereitung und Verfolgung Unschuldiger**. Im Einzelnen: Den Beschuldigten wird vorgeworfen, zwischen Februar und Ende April 2025 insgesamt sechs Männern während oder nach deren Festnahme unberechtigt körperlichen Schaden zugefügt zu haben bzw. solche Handlungen geduldet zu haben.

### Blick in die Zukunft: Drohnenstrategie der hessischen Polizei



Mit einem spannenden Fachbeitrag bereicherte **Polizeidirektor Moritz von Zezschwitz**, Leiter der Polizeifliegerstaffel Hessen, die Sitzung. Unter dem Titel „Drohnenstrategie Polizei Hessen“ präsentierte er den aktuellen Stand und die Perspektiven des Drohneneinsatzes in der polizeilichen Arbeit. Drohnen seien längst

ein unverzichtbares Einsatzmittel, so von Zezschwitz. Sie könnten die Sicherheit erhöhen und Polizeibeamtinnen und -beamte spürbar entlasten.

Gleichzeitig betonte er die Bedeutung von **Detektion und Abwehr unbemannter Fluggeräte (cUAS)** – ein Feld, das in Zukunft weiter an Relevanz gewinnen werde. „Hubschrauber und Drohnen ergänzen sich – sie sind kein Gegensatz, sondern zwei Seiten derselben Medaille“, so von Zezschwitz. **Einsatzbereiche: Lageübersicht bei Großveranstaltungen und Demonstrationen** – Echtzeitbilder ermöglichen eine bessere Koordination der Einsatzkräfte, **Unterstützung bei Fahndungen** – Drohnen können schwer zugängliche Areale überwachen, z.B. Wälder oder Industriegebiete. **Verkehrsüberwachung und Unfallaufnahme** – Drohnen liefern schnell einen umfassenden Überblick, wodurch Absperrungen reduziert werden können. **Suche nach vermissten Personen** – Wärmebildkameras erleichtern die Lokalisierung in schwierigen Umgebungen. **Vorteile für die Polizei: Entlastung der Einsatzkräfte** – Drohnen übernehmen risikoreiche Beobachtungsaufgaben, **Schnelle Informationsbeschaffung** – Livebilder liefern Entscheidungsgrundlagen in Echtzeit, **Kosteneffizienz** – Einsätze mit Drohnen sind oft günstiger als der Einsatz von Hubschraubern, **Prävention von Gewalt** – Drohnen können Konfliktsituationen frühzeitig erkennen, bevor es zu Angriffen auf Beamte kommt.

### Verabschiedungen und personelle Weichenstellungen

Emotional wurde es, als **Heinz Schiskowsky** (in Abwesenheit) und **Karsten Bech** für ihre langjährige, engagierte



Arbeit im Landesvorstand verabschiedet wurden. „Ihr habt diese Gewerkschaft

mitgestaltet und geprägt. Dafür gebührt euch unser aufrichtiger Dank“, würdigte Mohrherr die beiden scheidenden Kollegen. Gleichzeitig wurden **Marika Hertling** als künftige stellvertretende Landesvorsitzende und Tarifexpertin sowie **Janna Knutas** als LBV-Beauftragte für Studierende offiziell gewählt bzw. in ihrem Amt bestätigt. Beide werden künftig wichtige Impulse in der Landesvorstandsarbeit setzen – insbesondere mit Blick auf Tarifpolitik und Nachwuchsförderung.

### Solide Finanzen – intensive Tarifvorbereitung



**Landeskassiererin Sylvia Schwegel-Otto** legte einen soliden Finanzbericht vor und bestätigte die stabile wirtschaftliche Lage der GdP Hessen. Anschließend



informierten **Marika Hertling** und **Tobias Fenner** über den Stand der Vorbereitungen zu den **Tarifverhandlungen 2026 (TV-H)**.

Im Fokus steht dabei eine **breite Mitarbeiterbefragung**, um die Erwartungen und Forderungen der Mitglieder gezielt in die Verhandlungen einzubringen. Ziel sei es, die Interessen von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen bzw. Beamten gleichermaßen zu vertreten – insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Übertragung der Tarifergebnisse.

## Berufsvertretungsstunde, Seminare und Perspektiven



Stefan Rüppel gab einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen rund um die **Berufsvertretungsstunde** sowie einen Ausblick auf das **Seminarprogramm 2026**, das einige Neuerungen und Überraschungen bereithält. Damit unterstreicht die GdP Hessen ihren Anspruch, die berufliche und persönliche Weiterentwicklung ihrer Mitglieder, gerade bei den Studierenden der HöMS, also zu Beginn der Polizeilaufbahn, aktiv zu fördern.

### Klarer Auftrag für 2026

Wir erwarten von der Landesregierung klare Signale: Wertschätzung für unsere Kolleginnen und Kollegen, faire Bezahlung und echte Entlastung. Unsere Polizeibesetzten leisten tagtäglich Höchstleistung – dafür brauchen sie nicht nur Worte, sondern wirksame Maßnah-

men, Schutz und Perspektiven. Technik wie Drohnen oder Digitalisierung darf nie Ersatz für Personal oder verantwortungsvolle Arbeitsbedingungen sein. Sicherheit und Arbeitsschutz müssen immer Hand in Hand gehen. Auch beim Projekt S 25 müssen gewerkschaftspolitische Forderungen eingepreist werden: Die GdP fordert eine deutliche Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte im Schicht und Wechselschichtdienst. Konsequenz kann nur die Rückführung der Wochenarbeitszeit auf das Tarifniveau von 38,5 Stunden sein! Die Anerkennung der besonderen gesundheitlichen und sozialen Belastung durch Wechselschichtdienst und Entlastungsmaßnahmen dafür. Eine Verbesserung der Schichtzulagen bzw. „angemessene Erhöhung der Schichtzulagen, die die besonderen Belastungen dieser Arbeitszeiten widerspiegeln müssen. Die Beibehaltung der bestehenden Ruhestandsregelung in Hessen darf nicht angetastet werden. Über vier Millionen Überstunden Stand Oktober 2025 sprechen für sich und für eine Personalmehrung!

Zum Abschluss fasste **Jens Mohrherr** die Ergebnisse der Sitzung zusammen und richtete den Blick nach vorn: „Die Herausforderungen bleiben groß – aber wir sind stark, entschlossen und gut aufgestellt. Die GdP Hessen wird auch in Zukunft mit klarem Kurs für gerechte Besoldung, faire Arbeitsbedingungen und die Interessen ihrer Mitglieder kämpfen.“ Mit Blick auf die im nächsten Jahr stattfindenden Tarifverhandlungen in Hessen fügte er

hinzu: „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst halten dieses Land am Laufen – in der Polizei oft unter extremen Bedingungen. Wir erwarten, dass das Land Hessen in dieser Tarifrunde ein klares Zeichen der Wertschätzung setzt. Gute Arbeit braucht gute Bezahlung – und zwar für alle. Stillstand oder Verschiebungen akzeptieren wir nicht mehr. Wir werden mit starker Stimme und geschlossenem Rückhalt unserer Mitglieder in die Verhandlungen gehen.“

Mit diesem klaren Bekenntnis endete eine arbeitsreiche und zugleich richtungsweisende Beiratssitzung, die deutlich machte: **Die GdP Hessen steht geschlossen und kämpferisch hinter ihren Mitgliedern – jetzt erst recht.** ■

Text: Markus Hüschentbett/  
Jens Mohrherr  
Fotos: Markus Hüschentbett



Jens Mohrherr verabschiedet Karsten Bech



Der Beirat tagte zum ersten Mal in Bruchköbel

# HERBSTAUSFLUG DER BEZIRKSGRUPPE SÜDOSTHESSEN

## BESUCH DES 75. GRÖSSTEN WEINFESTES IN UNTERFRANKEN

Die jährliche Herbstfahrt führte die Kreisgruppen Main-Kinzig und Offenbach am 16.08.2025 nach Volkach

Bei herrlichem Ausflugswetter wurde ein fast voll besetzter Bus gechartert. Während der Anfahrt konnte direkt am Main das bekannte und beliebte **rustikale Rhöner Frühstück** eingenommen werden. Wer hier nicht satt wurde, hatte selber Schuld. Danke nochmals den fleißigen Helfern beim Auf- und Abbau.



Nach dem Frühstück fuhren wir mit dem Bus nach Seligenstadt (bei Würzburg) und konnten mit der Mainschleifenbahn, einem alten **Schienenwagen der DB**, die Aussicht auf die Mainschleife bis



Toaster mit Enkel am Führerstand

nach Volkach genießen. Das beste Wetter hat es aber für alle schweißtreibend gemacht, denn die vorhandenen Fenster in diesen Wagen sind von der Größe her mit Schießscharten zu vergleichen. Leider mussten zwei Mitfahrer sich danach abholen lassen.



Aufmerksame Zuhörer bei der Stadtführung

Anschließend ging es den kurzen Weg über die Mainbrücke zu Fuß nach Volkach zum Rathaus. Dort erwarteten uns Gästeführer, die uns die Geschichte der Stadt näher brachten.

Volkach, eine Weinstadt, hat eine über 1.100-jährige Geschichte, wurde im 13. Jahrhundert zur Stadt und war zunächst Teil der Grafschaft Castell, später des Hochstifts Würzburg.

Die Stadt liegt an der sogenannten Volkacher Mainschleife, die als größte Flussmäanderlandschaft Bayerns zum Landschafts- und Naturschutzgebiet erklärt wurde. Kulturhistorisch ist die Mainschleife vom Weinbau geprägt. Volkach war im Mittelalter ein wichtiger Weinhandelsort im Anbaugebiet Franken.

Neben dem Weinbau zieht heute vor allem die erhaltene Altstadt Touristen an. Die Stadt wurde bereits in den 1970er Jahren von der bayerischen Regierung zum staatlich anerkannten Erholungsort erklärt.

Nach der Führung, bei der sich aufgrund der Temperaturen, das ein oder andere Eis in den Straßen der Altstadt ge-

nehmigt wurde, ging es zum Bus um die Gegend um Volkach zu erkunden.

Die Busfahrt führte über die Mainbrücke auf die andere Seite zu Aussichtspunkten, wie die Aussichtsplattform an der Vogelsburg; vermutlich der Mainschleife ihr höchster Punkt. Weiterhin wurden die Winzerorte Escherndorf, Astheim, Nordheim und Sommerach besucht.

Zu guter Letzt war ein Ausstieg an der katholischen **Wallfahrtskirche Maria im Weingarten**. Sie liegt über dem fränkischen Weinort Volkach. Die spätgotische Kirche liegt mitten in den Weinbergen auf dem Kirchberg. Sie beherbergt ein bedeutendes Kunstwerk des Bildschnitzers Tilman Riemenschneider.



Als älteste Pfarrei der Region an der Mainschleife weist die Wallfahrtskirche eine reiche Geschichte auf. Über die Jahrhunderte von Kriegen und Zerstörung bedroht, wurde sie vor allem durch einen spektakulären Kunstraub in den Medien bekannt.



Gute Laune auf dem Weinfest



**Abschlussfoto vor der Tribüne**

Anschließend ging es direkt auf das Weinfest, wo der Eintritt bereits bezahlt und die Platzkarten organisiert waren.

Zur Geschichte des Weinfestes gehören Höhen und Tiefen: Erst die Gründung des Verschönerungsvereins im Jahr 1893 führte die Weinfeste in der Region ein. In Volkach ist das erste Weinfest aus dem Jahr 1904 überliefert.

Im Vorfeld der Veranstaltung wollten jährlich mehrere Oberbürgermeister nationaler und internationaler Großstädte Delegationen in die fränkische Kleinstadt entsenden. Münchens Bürgermeister Thomas Wimmer plante eine Schuhplattlergruppe und ein Bläsercorps nach Volkach zu senden. Pierre de Gaulle, Oberbürgermeister von Paris, erwartete vom Fest,

„dass eine deutsch-französische Verständigung herbeigeführt wird.“ Auch die Stadtoberhäupter Londons, West-Berlins, Hamburgs und Kölns meldeten sich brieflich. Allen Delegationen musste eine Absage erteilt werden, da seinerzeit – und jetzt kommts – keine Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung standen

Es kommen jährlich 50.000 bis 60.000 Besucher und über 120 Weine werden auf dem Weinfest ausgeschenkt.

Aber es gibt auch negative Schlagzeilen: Bei einem Unwetter im Jahr 1971 starben auf dem Weinfestplatz durch einen Sturm zwei Personen, 27 Menschen wurden verletzt.

Im Jahr 1973 wurde letztmals ein Festzug organisiert, seitdem konzentriert sich das Fest auf das Festgelände im Hindenburgpark. Lediglich zum sechzigsten und zum siebzigsten Weinfest im Jahr 2018 wurden wiederum Umzüge veranstaltet.

Nach mehreren kurzweiligen Stunden auf dem Weinfest traten wir die Heimreise an und konnten fast alle wohlbehalten an die Einstiegsstellen bringen. ■

Norbert Tumbrägel,  
GdP Main-Kinzig

## RENATE VÄTH IM RUHESTAND

Im Oktober 2025 ging Renate Väth in den wohlverdienten Ruhestand. Die Verwaltungsbeamtin war im Jahre 2010 vom Staatlichen Schulamt zum Polizeipräsidium Südosthessen gewechselt, wo sie die Leitung von V 33 übernahm. Ihren großen Erfahrungsschatz im Tarifrecht hat sie sich schnell erarbeitet und eingesetzt, was zu vielen Verbesserungen im Tariffbereich führte. Allein die neue Art wie überschüssige Stellenkontingente genutzt wurden hat neue Maßstäbe gesetzt und Verbesserungen für viele Tarifbeschäftigte gebracht, da Renate wirklich alles genutzt hat was zu nutzen war. Für sie waren die Tarifbeschäftigten nicht bloße Personalnummern, sondern sie kannte viele Wünsche, Bedürfnisse und Schicksale, auf die sie maßgeschneidert einging. Dazu kam ihre Fähigkeit andere zu überzeugen, auch und gerade wenn Dinge „schon immer so gemacht wurden“. Durch ihre einnehmende Art konnten so auch direktionsübergreifende Lösungen im Tariffbereich gefunden werden, was vorher in dieser Art nicht üblich war.

Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei V 33 hat sie zu einem hochprofessionellen und gut eingespielten Team gemacht.

Ihre hohen Fachkenntnisse konnte sie auch als Mitglied der Tarifkommission bei den Tarifverhandlungen der GdP zum TV-H einsetzen.

Die Zusammenarbeit und Einbindung des Personalrats war immer vorbildlich und von Vertrauen geprägt.

Mit Renate geht eine klasse Kollegin, die neue Maßstäbe gesetzt hat und aus trockenen Gesetzen Menschlichkeit gemacht hat. Aber eins ist sicher: langweilig wird es ihr im Ruhestand nicht werden.

Wir werden dich vermissen Renate! ■

Markus Hüschentbett, Vorsitzender GdP  
Bezirksgruppe Südosthessen



# PERSONALABBAU IN MÜHLHEIM

## POLIZEI SOLL EFFIZIENTER, NICHT KLEINER WERDEN?

Auf der Polizeistation in Mühlheim stehen personelle Veränderungen an. Wie Polizeipräsident D. Muth im Bauausschuss der Stadt im September 2025 erläuterte, wird die Zahl der dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen reduziert. Hintergrund sei die Absicht, die vorhandenen Kräfte innerhalb der Polizeidirektion Südosthessen „sinnvoller zu verteilen“ – also Personal von eher ruhigen Standorten dorthin zu verlagern, wo die Einsatzbelastung höher sei. Dies entspricht seinem bereits bei seiner Amtseinführung 2023 geäußerten Dogma, Personal müsse „intelligent eingesetzt“ werden.

Als Begründung für diesen Schritt verwies Polizeipräsident D. Muth auf die vergleichsweise niedrige Kriminalitätsrate in Mühlheim. Die Stadt liege mit ihren Fallzahlen rund 50 Prozent unter dem hessischen Durchschnitt, viele der registrierten Delikte seien Bagatellfälle. Auch der Publikumsverkehr auf der Wache sei überschaubar, sodass ein geringerer Personaleinsatz vor Ort vertretbar erscheine.

Zugleich versicherte der Polizeipräsident, dass die sichtbare Polizeipräsenz in Mühlheim nicht eingeschränkt werde. Ein Streifenwagen mit drei Beamtinnen und Beamten solle weiterhin rund um die Uhr einsatzbereit sein. Durch die Umstrukturierung sei es außerdem möglich

geworden, einen zusätzlichen Funkstreifenwagen in Seligenstadt rund um die Uhr einzusetzen, der im gesamten Kreis Offenbach unterstützend tätig ist – auch für Mühlheim. Sollte dort zusätzliche Hilfe benötigt werden, könne jederzeit Verstärkung aus Offenbach oder anderen Nachbarrevieren angefordert werden. Für die Bürgerinnen und Bürger spiele es laut Muth „keine Rolle“, von welchem Standort die Streife komme – entscheidend sei die schnelle Einsatzbereitschaft.

Abschließend betonte der Polizeipräsident, dass die Mühlheimer Wache trotz der Personalverlagerung bestehen bleibe. Mühlheim sei eine traditionsreiche Polizeistadt, und das solle auch so bleiben.

Aus Sicht der GdP Südosthessen wirft die Entscheidung dennoch Fragen auf. Natürlich ist Mühlheim als Polizeistandort bekannt – primär für die Bereitschaftspolizei und die HöMS, was natürlich für die Mühlheimer Bürger keine Auswirkungen auf Einsätze der PSt. Mühlheim hat.

Wenn Personal abgebaut wird, darf das nicht zu zusätzlicher Belastung der verbleibenden Kolleginnen und Kollegen führen. Eine dauerhafte Rund-um-die-Uhr-Präsenz erfordert stabile, planbare Dienststärken – nicht nur rechnerische Zahlen, sondern die viel zitierten „warmen Körper“. Ebenso wichtig sind Trans-

parenz und Realitätscheck: Wie oft müssen andere Organisationseinheiten zur Unterstützung ausrücken? Wie viel länger dauert es als bisher, bis der Streifenwagen zum Einsatzort gelangt? Bewährt sich das Ganze oder muss nachgebessert werden?

Bei der jüngsten organisatorischen Änderung im Main-Kinzig-Kreis führte das dazu, dass die neu geschaffene PSt. Langenselbold eben nicht mehr die gleiche Stärke hatte wie die Ursprungsdienststelle PSt. Hanau II – und trotz des Wegfalls des Hanauer Stadtteils Lamboy muss die PSt. Langenselbold regelmäßig unterstützt werden.

Die GdP fordert daher, die Polizei vor Ort so auszustatten, dass sie ihren Auftrag auch unter wachsenden Anforderungen zuverlässig erfüllen kann. Dazu ist grundsätzlich immer ein Mehr an Personal notwendig und richtig, nicht ein Verschieben von der rechten in die linke Tasche. Keine Rückschritte bei der inneren Sicherheit – es gilt, das Bestehende auszubauen. ■

Markus Hüschenbett,  
GdP Südosthessen

*Quelle: Offenbach Post vom 05.09.2025:  
Personalabbau auf Mühlheimer Polizeiwache: Stellen sinnvoll verteilen*

# VW ID.BUZZ FÜR DIE PSt FULDA

## ERPROBUNG IM ECHTBETRIEB



Die Polizeistation Fulda bekam am 22.10.2025 einen neuen VW ID.BUZZ übergeben. Als Modellrevier hat die PSt Fulda nun die Aufgabe, die neuen Technologien im Echtbetrieb (24/7/365) zu erproben. Das Streifenfahrzeug wurde durch das Hessische Präsidium für Technik mit entworfen und nun vor Ort übergeben.

Der ID.BUZZ soll im Rahmen eines Pilotprojekts als innovatives Fahrzeug, welches den bestehenden Fuhrpark ergänzt, auf die Tauglichkeit im täglichen Streifenendienst getestet werden. Hierbei steht

sowohl das Fahrzeug als solches, als auch die neuen Ausstattungsmerkmale im Fokus der Betrachtung.

Seit 2023 hat jeder Polizeivollzugsbeamter ein Smartphone als Ausstattung. Nun geht man den nächsten Schritt und versucht den Streifenwagen miteinzubinden. So hat nun ein Tablet eine zentrale Rolle im Streifenwagen übernommen um mit verschiedenen Ausrüstungsgegenständen zu arbeiten und den Einsatz zu erleichtern.

Ferner soll die Erprobung vollelektrischer Fahrzeuge (VW Bus/VAN) für den

Einsatz im täglichen Streifendienst getestet werden.

Im Rahmen einer Ausschreibung bekam eine Firma für Sonderfahrzeuge mit dem Entwurf des ID.BUZZ den Zuschlag. In enger Abstimmung mit dem HPT wurden die Einbauten angepasst und Sonderwünsche umgesetzt. Besondere Anschlüsse für die zu testenden Ausrüstungsgegenstände wurden eingebaut. Ein Solarmodul auf dem Dach soll zusätzlich Strom liefern.

Es ist möglich das Fahrzeug als „mobile Wache“ zu nutzen und den „Schreibtisch“ auf die Straße zu verlagern. Dafür wurde ein zusätzlicher Router installiert, damit die zur Verfügung stehenden polizeilichen App-Anwendungen auch stabil im Fahrzeug laufen. Durch die ergonomische Gestaltung des Innenraumes könnte der Eindruck erweckt werden, dass die Kolleginnen und Kollegen künftig ihre schriftlichen Arbeiten „unterwegs“ erledigen sollen, um die Verweildauer auf der Dienststelle zu minimieren. Hierfür könnte ein „Gadget“ (Ausrüstungsgegenstand) im ID.BUZZ hinweisen. Eine mobile Espresso-/Kaffeemaschine (12V). Es muss lediglich ein Kaffeepad und etwas Wasser mitgeführt werden und schon kann über den Bordstrom im Streifenwagen ein „kleiner“ Kaffee gekocht werden (max. 110 ml). Für eine Kühlgelegenheit gab es noch keinen Platz. Ein Schelm wer...

Auch die neue polizeispezifische Technik hat es in sich. So befindet sich im ID.BUZZ eine Wärmebildkamera, die man mit Hilfe eines Motor-Stativs auf dem Dach befestigen kann. Gesteuert wird das Ganze dann über das Tablet oder das Smartphone. Die Wärmebildkamera kann auch mitgenommen und über die App außerhalb des Fahrzeuges eingesetzt werden.

Des Weiteren verfügt der ID.BUZZ über einen „kleinen“ Lichtmast um größere Flächen auszuleuchten. Der Mast lässt sich auf 180 cm ausziehen und ein LED-Scheinwerfer erzeugt dann genügend Licht um Unfallstellen oder Tatorte auszuleuchten. Es stehen bis zu 4000 Lumen über einen Zeitraum von 6-28 Stunden (je nach Intensität) zur Verfügung.

Mit einem Projektionsscheinwerfer können die Einsatzkräfte das Warnzeichen 101 für Gefahrenstellen auf den Asphalt projizieren. Dazu muss das Einsatzmittel auf dem Dach im Heckbereich installiert werden. Durch die Veränderung des Winkels kann man die projizierte Größe auf der Fahrbahn beeinflussen. Leider stehen keine weiteren Zeichen zur Verfüg-



ung. Bei Tag ist der Projektionsscheinwerfer jedoch nicht einsatzbar.

Die Anhaltezeichen (RTK) werden sowohl nach vorn und hinten zweisprachig (deutsch/englisch) angezeigt. Die Projektionsfläche nach hinten nimmt die komplette Heckscheibe ein und ist selbst am Tag gut lesbar. Hier stehen mehrere Texte zur Verfügung (Anordnungen/Warnhinweise/etc.).

Insgesamt vier ausklappbare Warnbarken befinden sich im Fahrzeug. Diese sind „leider“ nicht mit dem Bordnetz verkabelt und funktionieren noch „old school“ mit Batterien. Eine Akkulösung wäre sinnvoll und würde so manchen Frust bei nicht Funktionieren verhindern.

Dafür sind die selbstsynchronisierenden Warnblitzer mit dem Bordnetz verbunden und dürften beim Auslegen auf der Fahrbahn genügend Strom zur Absicherung der Unfallstelle haben. Ob mit den Warnblinkern derselbe Effekt und „Respekt“ wie mit den Warnfackeln erreicht werden kann bleibt zu hoffen. Eine brennende Warnfackel wird wahrscheinlich seltener „überfahren“ als ein Warnblitzer.

Die Warnblitzer sind hell genug um auf die Gefahrenstelle hinzuweisen und sie synchronisieren sich, sobald ein weiterer Warnblitzer aus der Halterung genommen wird.

Das Projekt läuft über einen Zeitraum von einem Jahr und wird regelmäßig evaluiert. Vermutlich werden im Laufe des Jahres neue Ausrüstungsgegenstände zum Testen hinzukommen. Wir wünschen

dem Projekt einen guten Verlauf, werden es aber auch kritisch begleiten. ■

BZG OH



# HESSISCHE POLIZEIMEISTERSCHAFTEN IM SCHIESSEN

Am 27. Und 28. Oktober 2025 fanden die Hessischen Polizeimeisterschaften im Schießen im Schützenhaus in Friedewald/Motzfeld (Osthessen) statt.

Wie vor zwei Jahren waren die Meisterschaften auch diesmal sehr gut vorbereitet und organisiert. Sowohl die Verantwortlichen der Polizei, sowie des Schützenvereins Motzfeld e.V. 1992 bereiteten den Schützen und Zuschauern eine würdige Meisterschaft in angenehmer Kulisse. Das vereinseigene Schützenhaus eignet sich mit seinen verschiedenen Schießständen hervorragend für solche Meisterschaften.

Auch in diesem Jahr waren alle Präsidien vertreten und es wurden herausragende Leistungen auf dem Schießstand gezeigt. Hier konnten vor allem die Kolleginnen und Kollegen der Sportfördergruppe ihre besonderen Fähigkeiten zeigen.

Während der Wettkämpfe verpflegte der Schützenverein Motzfeld e.V. seine Gäste mit Speisen und Getränken. Von einer Gulaschsuppe, Leberkäse mit Kartoffelsalat bis hin zum Pfefferbeißer mit Brot, boten die Ehrenamtlichen zum Verzehr an.

Unter den Teilnehmern herrschte über beide Tage hinweg gute Stimmung und ein reger Austausch über aktuelle sportliche und polizeiliche Themen fand statt.

Die Wettkämpfe liefen, wie sollte man es auch anders erwarten, in einer ruhigen, gelassenen Atmosphäre ab. Die ein oder andere Waffe hatte Macken, aber das brachte den Schützen nicht aus der Ruhe. Er ließ sich einfach die Waffe des Kollegen. Kurzes Einschießen und los ging der Wettkampf.

Unsere Präsidien waren bei den Meisterschaften auch erfolgreich. Folgende Podestplätze gingen nach Südosthessen und nach Osthessen:

## Disziplin Sportpistole gemischte Mannschaft

3. Platz – Polizeipräsidium Südosthessen

## Dienstpistole Einzel männlich

1. Platz – Mirko Kirchner (PP OH)

## Dienstpistole Einzel weiblich

2. Platz – Melanie Peter (PP OH)

## Dienstpistole (gemischte) Mannschaft

2. Platz – Team PP Osthessen 2

3. Platz – Team PP Osthessen 1

Die Siegerehrung wurde durch Herrn Polizeipräsidenten Michael Tegethoff, Herrn Stahl von der Gemeinde Friedewald (1. Beigeordneter) sowie der 2. Vorsitzenden des HPSA, Leitende Kriminaldirektorin Jenny Breede durchgeführt.

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen zu ihrem Erfolg. ■

BZG OH



1. Platz Mirko Kirchner



Dienstpistole gemischte Mannschaft 2. und 3. Platz



2. Platz Melanie Peter



# SICHER UNTERWEGS IM INTERNET

## SEMINAR FÜR SENIORINNEN UND SENIOREN IN FRANKFURT

### Einladung zum Senioren-Seminar

**Titel:** Seniorinnen und Senioren - sicher unterwegs im Internet!

**Wann:** Mittwoch, 04. März 2026, ab 09:30 Uhr

**Wo:** Bürgerhaus Bornheim  
60385 Frankfurt  
Arnsburger Str. 24  
Bertha-Pappenheim-Raum



Das Angebot richtet sich an alle Seniorinnen und Senioren der GdP (Mindestalter für eine Teilnahme ist 58 Jahre) und ist insbesondere für Gelegenheitsanwender gedacht. Für „PC-Profis“ ist das Angebot nur bedingt geeignet.

### Programm:

- PC – sicher eingerichtet und bedient
- Nutzprofile
- Virens Scanner und Programme (incl. Browser)
- E-Mails (Erkennen von Bedrohungen und Schadsoftware)
- Kennwörter, Zwei-Faktor-Authentisierung, Pass-Keys und Kennwortmanager
- 10 Gebote zur Sicherheit im Internet
- SI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik)
- Handy und Tablet
- Künstliche Intelligenz (KI) – (nicht mehr) neues Schlagwort, neue Möglichkeiten und Bedrohungen!

Die Seminarleitung liegt in den Händen von Harald Zwick.

Die Anmeldung erfolgt wie immer über die Homepage der GdP Hessen, zu erreichen über folgenden Link:

<https://www.gdp.de/hessen/de/fuer-dich/seminare-bildung>

### Hinweis für Kreis- und Bezirksgruppen:

Bei Interesse kann dieses Seminar auch bei euch vor Ort angeboten werden!

# ERFOLG ERZEUGT NACHFRAGE

## DAS SEMINAR „VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND“ HAT REGEN ZUSPRUCH

Seit über 10 Jahren bietet die Seniorengruppe der GdP Hessen das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ in unterschiedlicher Form an. Nicht zuletzt durch die geburtenstarken Jahrgänge nahm die Nachfrage zu unserem Seminar stetig zu. In diesem Jahr hatten wir die erste Gruppe im Frühjahr in Willingshausen-Zella zu Gast. Schon vor dem Beginn war klar, dass das Seminar im September wieder ausgebucht war und eine Warteliste für die nächsten Termine bestand. Somit hatten wir die spontane Idee noch im Herbst ein drittes Seminar anzubieten. Es war keine Überraschung, dass nach der Ankündigung auch dieses dritte Seminar komplett ausgebucht war.

Was bieten wir den Teilnehmenden denn in unseren Seminaren an? Im September begann das Seminar mit einer Betrachtung von Bernd Braun, unserem Landesseniorenvorsitzenden, der auch aus seiner dienstlichen Tätigkeit eine große Erfahrung als Coach und Teamer mitbringt. Bernd stellte den Seminarteilnehmern die Frage, was sie vom Ruhestand erwarten und welche Pläne sie haben. Die Antworten waren sehr unterschiedlich. Viele sind froh es „endlich geschafft“ zu haben, andere haben schon während ihrer Berufstätigkeit Pläne für „danach“ geschmiedet und sich darauf vorbereitet.

Ein weiterer fest gesetzter Baustein ist ein Vortrag über Möglichkeiten, wie man die eigene Gesundheit im dritten Lebensabschnitt am besten pflegt. Wir engagieren dafür Mediziner und können dabei auf zwei Dozenten zurückgreifen, deren Vorträge den Blickwinkel erweitern, die keinen erzieherischen Anspruch haben und nebenbei auch unterhaltsam sind. Mit Dr. Klaus Edel und Markus Schimmelpfennig haben wir diese Ausnahmetalente gefunden. Klaus Edel ist der Chefarzt der Prävention im Herz-Kreislauf-Zentrum in Rotenburg an der Fulda und Markus Schimmelpfennig war stellvertretender Leiter des Gesundheitsamtes der Region Kassel.

Was wir als festen „Part“ in unseren Seminaren einplanen, ist das Thema „Beihilfe“. Auch hier haben wir einen erfahrenen Dozenten in unserem Team, Gerhard Kaiser. Er war bis zu seiner Pensionierung

Teamleiter bei der Beihilfestelle des RP Kassel, Außenstelle Hünfeld. Gerhard vermag es, in seiner eigenen Art die Möglichkeiten und Tücken im Zusammenhang mit der Beihilfe kurzweilig aufzuzeigen.

Vor seinem Vortrag hatten wir in diesem Jahr erstmals mit Frau Domnick, einer Pfarrerin aus Frankfurt, eine Stunde eingebaut, in der die Seminarteilnehmer über ihre besonderen Erlebnisse im Dienst, die mitunter sehr prägend waren, zu sprechen. Die Wortbeiträge waren selbstverständlich freiwillig und bezogen sich auf positive, aber auch verstörende und mitunter auch schreckliche Erlebnisse. Diese Stunde der Ruhe und Reflexion kam bei den Seminarteilnehmern sehr gut an.

Als weiteren Coach haben wir mit Thomas Frank einen frisch pensionierten Kollegen gewinnen können, der aus seiner beruflichen Nebentätigkeit den Kolleginnen und Kollegen die Bedeutung von Versicherungen im Alter nahebringt. Natürlich gibt es Versicherungsleistungen, die man als junger Mensch benötigt, die aber im Ruhestand entbehrlich sind.

Peter Schütrumpf von der Bundespolizei ist unser Ass im Ärmel, wenn es um die Frage von Vorsorge geht. Er ist ein Fachmann für Vorsorgevollmachten und entsprechenden Verfügungen. Peter kann immer wertvolle Tipps rund um das Thema geben und Fallstricke aufzeigen.

Nicht nur trockene Vorträge halten wir für das Seminar bereit. Wir haben in den letzten Jahren verstärkt das Landhotel Bechtel in Willingshausen-Zellas gewählt. Man könnte sagen, dass die GdP dort eine zweite Heimat gefunden hat. Zella liegt nur ein paar Kilometer von der „Schwalmmetropole“ Ziegenhain entfernt. Mit Hans-Joachim („Urmel“) Barwe, einem echten Schwälmer Urgestein, haben wir einen Betreuer der Seminare, der sich auch um den kulturellen Teil kümmert. Stadtrundgänge durch das historische Stadtzentrum, ein Besuch des Schwälmer Heimatmuseums und mitunter auch ein Besteigen des großen Kirchturms am Paradeplatz – mit herrlichem Rundblick über Knüll und Schwalm – sind eine wohlthuende Unterbrechung des Seminarablaufs, dessen Vorträge auch Konzentration abverlangen.

Wenn das Seminar vorbei ist, hegen einige Kolleginnen und Kollegen die Befürchtung, dass die Waage zu Hause einen Warnton abgibt. Denn die Verpflegung im Hotel Bechtel ist schon bemerkenswert, ebenso wie die Größe der Portionen.

Ein schöner Nebeneffekt des Seminars ist, dass die Teilnehmenden ziemlich gleichzeitig ihren Dienst beim Land Hessen angetreten haben. Nach der Ausbildung hat man sich aus den Augen verloren und die dienstlichen Werdegänge sind sehr unterschiedlich. Wir haben schon oft ein großes Wiedersehen in unseren Seminaren miterleben dürfen.

Das nächste Seminar planen wir für das Frühjahr 2026. Teilnehmen können alle Kolleginnen und Kollegen ab 58 Jahren, die den Eintritt in den Ruhestand unmittelbar vor sich oder aber auch schon hinter sich haben. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle der GdP Hessen in Wiesbaden entgegen. Wir freuen uns euch in den nächsten Seminaren bei uns begrüßen zu können. ■

Volker Zeidler  
GdP Seniorengruppe Hessen



# JUNGE GRUPPE DER GdP RICHTET SICH NEU AUS

Mit großer Freude blickt unsere Junge Gruppe Hessen auf eine erfolgreiche Sitzung im Rahmen der Landesjugendkonferenz 2025 im Landgasthaus Bechtel in Zella zurück. Nach einem lebendigen Austausch ist unser gemeinsamer Weg klarer denn je – und mit neuem Vorstandsteam starten wir voller Energie in die nächsten vier Jahre.

## Rückblick auf den Auftakt

Die Sitzung begann mit einer herzlichen Begrüßung und der Vorstellung des Tagesprogramms. Als Gäste konnten wir die DBG-Bezirksjugendsekretärin Charlotte Rosa-Dick sowie vom Bundesjugendvorstand der Jungen Gruppe, Michél Odenthal, begrüßen.

Im Mittelpunkt standen die aktuellen Entwicklungen sowie die Ausrichtung unserer Jugendorganisation auf die kommenden Jahre. Die Einladung zur aktiven Mitgestaltung wurde von allen Anwesenden mit großer Erwartung aufgenommen. Die Atmosphäre war von Respekt, Offenheit und Engagement geprägt.

## Beratung und Beschlussfassung der Anträge

Im Anschluss wurden mehrere wichtige Anträge zur Debatte gestellt. Diese betrafen die strategische Ausrichtung, organisatorische Abläufe sowie zukünftige Projekte.

Es gab eine offene Diskussion, Fragen wurden gestellt, Argumente ausgetauscht



**Danke für das Engagement der letzten Jahre (v.l.n.r. Vorsitzender Lukas Brauer, scheidende Mitglieder Kai Bette und Franziska Fuchs, Stellvertreterin Anna Raschke)**



# JUNGE GRUPPE

und verschiedene Perspektiven eingebracht

Die behandelten Anträge wurden mit großer Mehrheit beschlossen. Dadurch haben wir eine solide Grundlage geschaffen, um unsere Ziele proaktiv umzusetzen und der Landes-GdP weiterzuleiten.

## Bildung eines neuen Vorstands

Ein besonders bedeutender Tagesordnungspunkt war die Neubesetzung des Vorstandes: In einer Wahl wurde ein engagiertes Team gewählt, das für die kommenden vier Jahre die Leitung übernehmen wird. Die neue Zusammensetzung bringt frische Ideen und vielfältige Kompetenzen mit – eine ideale Basis dafür, unsere Ziele gemeinsam anzugehen.

Dank an dieser Stelle an alle Kandidierenden und an alle Teilnehmenden, die mit ihrer Stimme und Präsenz ihre Unterstützung gezeigt haben. Der neue Vorstand ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und die Organisation mit Elan voranzubringen.

## Blick nach vorn

Mit den beschlossenen Anträgen und dem frisch gewählten Vorstand starten wir in eine spannende Phase.

Wir sind überzeugt: Gemeinsam können wir viel bewegen. Der neue Vorstand wird mit Leidenschaft und Verantwortung auftreten. Wir danken allen Teilnehmenden für ihre aktive Rolle – und freuen uns auf vier Jahre erfolgreicher Zusammenarbeit!

Der neue Landesvorstand der Jungen Gruppe Hessen besteht aus:

- Vorsitzender: Lukas Brauer (KD-PPNH)
- Stellvertreterinnen: Anna Raschke (TEE-HPE), Gianina Lüttger (HPT), Janina Fischer (KD-PPFFM)

- Kassierer: Stefan Krollmann (PD-PPWH)
- Stellv. Kassiererin: Angelina Arnold (KD-PPNH)
- Schriftführerin: Katharina Eggert (PD Schwalm-Eder-Kreis-PPNH)
- Stellv. Schriftführerin: Cora Borrmann (EE41-HPE)

Wir danken allen scheidenden Mitgliedern des Landesjugendvorstandes und freuen uns darauf in den nächsten 4 Jahren gemeinsam Zukunft zu gestalten! ■



Lukas Brauer  
Junge Gruppe



**Neuer Vorstand: v.l.n.r.:  
Kassierer Stefan Krollmann,  
Stellvertreterin Gianina Lüttger,  
Vorsitzender Lukas Brauer**

# DIE KAUFKRAFT STEHT UNTER ENORMEM DRUCK

## WAS DIE HESSISCHE BESOLDUNGSENTWICKLUNG IM KONTEXT DAZU AUFZEIGT

Wenn über Besoldung gesprochen wird, dominieren meist Prozentzahlen. Es sind Erhöhungen von 1,5, 2 oder 3 Prozent, die in Tarifrunden erkämpft und anschließend auf die Beamten übertragen werden (oder halt nicht). Doch die nüchterne Wahrheit ist: Prozentzahlen allein sagen nichts über die tatsächliche Wirkung aus. Erst wenn man die Entwicklung der Preise gegenüberstellt, zeigt sich, ob die Kolleginnen und Kollegen real etwas davon haben. Für die A9-Eingangsstufe, lässt sich dieser Zusammenhang inzwischen über fast zwei Jahrzehnte nachzeichnen – und er offenbart ein ernüchterndes Bild.

Die Jahre nach 2008 waren zunächst von moderatem Wachstum geprägt. Mit linearen Anpassungen von rund drei Prozent konnten zwar spürbare Schritte gemacht werden, doch gleichzeitig stiegen auch die Preise.

Bis Mitte der 2010er-Jahre hielten sich Gehaltsanstiege und Inflation ungefähr die Waage. Real wuchs die Kaufkraft leicht, die Tabellenwerte kletterten zuverlässig nach oben und die Kolleginnen und Kollegen hatten den Eindruck, dass die Mühen am Ende des Monats ein klein wenig mehr wert waren.

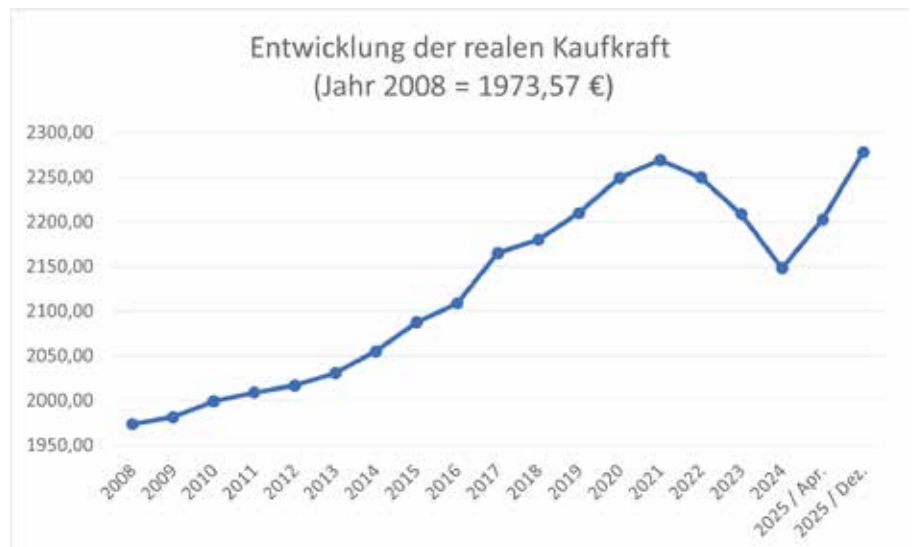
**Diese Phase war stabil, aber sie baute keine Reserven auf.**

Spätestens ab 2015 wurde die Schwäche des Systems sichtbar. In diesem Jahr gab es eine Nullrunde, die trotz niedriger Inflation zu einer spürbaren Delle in der Entwicklung führte. Es dauerte mehrere Jahre, bis dieser Rückschritt wieder aufgeholt war. Kleine lineare Erhöhungen von ein bis zwei Prozent hielten zwar das nominale Grundgehalt in Bewegung, reichten aber nicht aus, um die Kaufkraft entscheidend zu stärken.

Wer damals im Polizeidienst begann, erlebte unmittelbar, dass die Tabellen zwar jedes Jahr angepasst wurden, aber die Entlastungen im Alltag doch sehr überschaubar blieben.

**Zäsur ab dem Jahr 2021**

Die große Zäsur folgte ab 2021. Während zuvor die Inflationsraten über viele Jahre im Bereich von ein bis zwei Prozent lagen, explodierten sie plötzlich. 2022 mit 6,9 Prozent und 2023 mit 5,9 Prozent wurden die höchsten Teuerungsraten seit



Jahrzehnten verzeichnet. Das war für alle Bürgerinnen und Bürger spürbar, aber für Beschäftigte im öffentlichen Dienst hatte es eine doppelte Wirkung.

Zum einen stiegen die Lebenshaltungskosten in allen Bereichen sprunghaft an, von Lebensmitteln über Energie, bis zu Mieten. Zum anderen waren die in den Jahren zuvor vereinbarten Besoldungsanpassungen darauf nicht vorbereitet. Selbst die kräftigere Erhöhung im Jahr 2023 mit knapp fünf Prozent konnte den Preisschub nicht ausgleichen.

**Kaufkraft brach drastisch ein**

Die Folge war ein realer Rückgang der Kaufkraft, der die Erfolge der gesamten vorherigen Dekade nahezu ausradierte.

Während 2021 das reale Monatsgrundgehalt in der A9-Eingangsstufe auf einem Spitzenwert lag, fielen die Werte 2022 und 2023 wieder deutlich zurück.

2024 lagen sie sogar unter dem Niveau von 2017. Anders gesagt:

Wer 2024 in Hessen im Polizeidienst stand, hatte trotz gestiegener Tabellenwerte im Portemonnaie weniger Kaufkraft als sieben Jahre zuvor. Dieser Befund ist nicht nur statistisch relevant, er trifft die Kolleginnen und Kollegen ganz konkret im Alltag, wenn steigende Kosten die mühsam erkämpften Anhebungen vollständig auffressen.

**Bewegung im Jahr 2025**

Erst mit den für 2025 beschlossenen Stufen kam wieder Bewegung in die Sache. Der April bringt mit einer Erhöhung von 4,8 Prozent eine spürbare Entlastung, der Dezember kurz vor Jahreswechsel mit vier Monaten Verspätung mit weiteren

5,5 Prozent einen zusätzlichen Schub. Rechnet man diese Schritte auf die Kaufkraft zurück, wird klar, wie entscheidend sie sind:

Ohne die zweite Stufe bliebe die reale Entwicklung nahezu eingefroren. Erst die vollständige Umsetzung bringt die Kaufkraft zurück auf ein Niveau, das das bisherige Hoch von 2021 übertrifft.

Dabei ist zu beachten, dass die für 2025 angesetzte Inflationsrate von zwei Prozent nur eine Annahme ist, weil noch keine offiziellen Zahlen vorliegen. Sollte die tatsächliche Inflation höher ausfallen, könnte der Effekt sofort wieder abgeschwächt werden.

Gerade deshalb ist es umso wichtiger, dass die zweite Stufe im Dezember 2025 auch wirklich umgesetzt wird. Beim Lesen dieser Zeilen wissen wir das. Nur sie sorgt für die dringend notwendige Wende.

**Was lernen wir daraus?**

Die Lehre aus dieser Entwicklung ist eindeutig. Nominale Steigerungen in Prozent klingen politisch oft eindrucksvoll, doch entscheidend ist die reale Wirkung.

Eine Inflationsrate von sechs Prozent kann eine fünfprozentige Besoldungserhöhung im Handumdrehen zunichtemachen. Deshalb reicht es nicht, Anpassungen einfach als Erfolg zu verkaufen.

Sie müssen in Relation zur Teuerung gesehen werden. Nur dann lässt sich feststellen, ob die Beschäftigten wirklich profitieren oder ob sie im Ergebnis zurückfallen.

Für unsere Kolleginnen und Kollegen in der Polizei hat das unmittelbare Auswirkungen.

**Probleme zu Beginn der Laufbahn**

Gerade die A9-Eingangsstufe betrifft junge Menschen am Beginn ihrer Laufbahn, die sich vielleicht eine Wohnung suchen, eine Familie gründen, oder erste Anschaffungen tätigen.

Wenn in dieser Lebensphase die reale Kaufkraft nicht steigt, sondern stagniert oder zurückgeht, ist das nicht nur frustrierend, sondern auch gefährlich für die Attraktivität des Berufs.

**Öffentlicher Dienst vs Privatwirtschaft**

Schon heute konkurriert der öffentliche Dienst mit der Privatwirtschaft um Nachwuchs. Wenn Bewerberinnen und Bewerber sehen, dass die Kaufkraft trotz „Erhöhungen“ real schrumpft, stellt sich die Frage, warum sie sich für diesen Beruf entscheiden sollen.

Gleichzeitig zeigt die Entwicklung auch, dass konsequente, tabellenwirksame Schritte wirken können. Die zweite Stufe 2025 macht den Unterschied.

Sie hebt die reale Kaufkraft auf ein neues Niveau und zeigt, dass Politik hier Gestaltungsspielraum hat. Doch sie macht auch deutlich, wie knapp kalkuliert ist:

Eine unerwartet höhere Inflationsrate könnte den Effekt sofort wieder relativieren.

Wer also glaubt, mit zwei großen Stufen sei das Thema erledigt, irrt.

Vielmehr muss die Besoldungspolitik dauerhaft so ausgerichtet werden, dass sie Preisentwicklungen antizipiert und nicht erst im Nachhinein reagiert.

**Forderungen sind nicht unrealistisch**

Diese nüchterne Bilanz ist keine Schönfärberei, sondern das Ergebnis einfacher Rechnungen.

Und genau deshalb ist sie so wertvoll. Sie zeigt, dass unsere Forderungen nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern auf klaren Daten beruhen.

Wir verlangen keine Luxusgehälter, sondern lediglich, dass die Kaufkraft erhalten bleibt und die Kolleginnen und Kollegen nicht Jahr für Jahr an Wert verlieren.

In einer Zeit, in der die Anforderungen an die Polizei steigen und die Belastungen immer größer werden, ist das eine Frage der Fairness.

Am Ende dieser Analyse bleibt ein klares nüchternes Fazit:

Die hessische Besoldungspolitik hat in den letzten Jahren nicht ausreichend auf die Inflationsschübe reagiert.

Erst die für 2025 beschlossenen Stufen bringen eine spürbare Wende. Doch

das reicht nicht aus, um Vertrauen wiederherzustellen.

**Einmalzahlungen helfen nicht weiter**

Wir brauchen eine dauerhafte Lösung, die Kaufkraftsicherung zum Maßstab macht und nicht als Neben aspekt behandelt.

Das ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern auch im Interesse des Staates selbst, der eine motivierte, leistungsfähige und verlässliche Polizei und Verwaltung braucht.

Deshalb gilt: Wir werden nicht lockerlassen. Wir werden weiter mit Nachdruck fordern, dass Besoldung keine politische Restgröße bleibt, sondern die Realität anerkennt.

Wir werden deutlich machen, dass Einmalzahlungen und halbe Schritte keine echte Lösung sind.

Und wir werden uns solange einsetzen, bis jede Kollegin und jeder Kollege spürt, dass ihre und seine Arbeit nicht nur in Sonntagsreden gewürdigt wird, sondern auch auf dem Konto.

Denn eine starke Polizei in Hessen braucht eine starke Kaufkraft – und dafür kämpfen wir. Als GdP, für unsere Kolleginnen und Kollegen. ■

Sebastian Schubert

## WENN GELD AN WERT VERLIERT – KAUFKRAFT VS. INFLATION

**Was bedeutet Kaufkraft eigentlich?**

Die Kaufkraft beschreibt, wie viel man sich für einen bestimmten Geldbetrag leisten kann. Steigen die Preise, sinkt diese Kaufkraft – mit anderen Worten: Das Geld verliert an Wert.

Ein einfaches Beispiel: Wer letztes Jahr für 100 Euro Lebensmittel gekauft hat, muss bei einer Inflationsrate von fünf Prozent heute rund 105 Euro dafür bezahlen. Der Warenkorb ist gleich geblieben, nur das Geld hat an Wert verloren.

**Inflation trifft auch öffentlichen Dienst**

Inflation entsteht, wenn das allgemeine Preisniveau der Volkswirtschaft steigt. Ursachen können steigende Energie- und Rohstoffpreise, Lieferengpässe, oder geopolitische Entwicklungen sein. Auch die Zinsgestaltung der Europäischen Zentralbank (EZB), spielt eine Rolle.

Für uns Polizeibeschäftigte hat Inflation eine besondere Bedeutung. Unsere Besoldung oder Tariflöhne werden meist nur in größeren zeitlichen Abständen angepasst. Wenn die Lebenshaltungskosten zwischenzeitlich steigen, schmilzt die reale Kaufkraft unseres Einkommens, selbst wenn die nächste Erhöhung auf dem Papier ordentlich aussieht.

**Wenn Lohnerhöhung nicht gleich mehr Geld bedeutet**

Eine Gehaltserhöhung von zwei Prozent klingt gut – aber wenn gleichzeitig die Preise um vier Prozent steigen, bedeutet das real einen Verlust von zwei Prozent Kaufkraft. Das Einkommen wächst also nominal, aber nicht real. Auch Ersparnisse auf dem Konto sind betroffen: Wenn das Geld dort kaum Zinsen bringt, verliert es durch die Inflation jedes Jahr ein Stück seines Wertes.

**Kaufkraftverlust als leise Belastung**

Inflation wirkt oft leise, aber stetig. Sie verändert unser finanzielles Gleichgewicht, ohne dass wir sofort eine Zahl auf dem Konto sehen, die kleiner wird. Für viele Kolleginnen und Kollegen bedeutet

das, dass sie ihre finanzielle Planung regelmäßig überprüfen sollten. Denn auch die zukünftige Pension oder Rente kann bei anhaltender Inflation weniger Kaufkraft besitzen, wenn die Preise steigen.

**Warum Preisstabilität so wichtig ist**

Die EZB strebt seit Jahren eine Inflationsrate von etwa zwei Prozent an. In den vergangenen Jahren haben jedoch Krisen, Kriege und Energieknappheit die Preise deutlich ansteigen lassen.

Inflation betrifft uns alle – unabhängig von Dienstgrad oder Einkommen. Sie entscheidet darüber, wie weit unser Gehalt tatsächlich reicht.

Je stärker die Preise steigen, desto weniger können wir uns für denselben Betrag leisten. Auch wenn das Einkommen im öffentlichen Dienst als sicher gilt, ist seine Kaufkraft nicht automatisch stabil.

Deshalb ist es wichtig, Preisentwicklungen im Blick zu behalten – und dass Gewerkschaften wie die GdP bei Tarifverhandlungen und Besoldungsanpassungen diesen Effekt deutlich ansprechen.

Denn stabile Einkommen sind nur dann wirklich stabil, wenn sie auch mit der Inflation Schritt halten. ■

Peter Wittig

# GEFAHR AUS DER LUFT – AUFGABE FÜR DIE POLIZEI?

## DROHNENABWEHR IN DEUTSCHLAND: NEUE TECHNOLOGIEN, NEUE AUFGABEN DER POLIZEI

Ob über Flughäfen, Kraftwerken oder Bundeswehrstandorten – Drohnen tauchen zunehmend dort auf, wo sie nichts zu suchen haben. Derartige Vorfälle haben in den letzten Monaten deutlich zugenommen und stellen eine wachsende Herausforderung für die öffentliche Sicherheit dar. Besonders kritisch ist die Lage, wenn es um mögliche Spionageaktionen, Sabotage oder Gefährdungslagen im Luftverkehr geht. Die Bundesregierung reagiert nun – mit einem klaren Auftrag an die Sicherheitsbehörden, insbesondere auch die Polizei.



Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) kündigte bei einem Besuch der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) in München ein Umdenken in der Drohnenabwehr an:

Statt auf Abschuss setze man künftig auf „smarte Abwehrtechniken“ – gemeint sind elektronische Störsignale, mit denen die Fluggeräte ausgeschaltet oder zur Landung gezwungen werden sollen.

Dobrindt betonte, man wolle auf die Elektronik der Drohnen einwirken und nicht mit ballistischen Mitteln eingreifen – etwa aus Gründen der Sicherheit im zivilen Luftraum, aber auch, um Rückschlüsse auf die Steuerer und Hintermänner ziehen zu können.

### **Polizei im Fokus – neue Technik, neue Befugnisse?**

Diese strategische Neuausrichtung betrifft nicht nur Bundesbehörden oder technische Fachstellen wie ZITiS – sie hat direkte Auswirkungen auf die tägliche Arbeit der Polizei.

Derzeit laufen innerhalb der Bundesregierung die Abstimmungen für eine Reform des Luftsicherheitsgesetzes. Ziel ist es, noch in diesem Jahr Klarheit zu schaffen, wie und in welchem Umfang die Polizei – insbesondere die Bundespolizei – in die Drohnenabwehr eingebunden wird.

Geplant ist, den Sicherheitsbehörden erweiterte Befugnisse im Umgang mit unbemannten Fluggeräten zu geben.

Dazu könnte auch gehören, dass speziell geschultes Personal künftig Drohnen identifizieren, orten und mithilfe elektronischer Mittel neutralisieren darf.

Solche Kompetenzerweiterungen würden einen bedeutsamen Schritt in Richtung moderner, technikgestützter Polizei-

arbeit darstellen – zugleich jedoch auch neue Anforderungen an Ausbildung, Ausstattung und Verantwortungsbewusstsein der Einsatzkräfte mit sich bringen.

### **Herausforderung für die Praxis**

Aus Sicht der GdP ist klar: Die Polizei kann eine tragende Rolle in der Abwehr illegal eingesetzter Drohnen übernehmen – vorausgesetzt, sie erhält die nötige rechtliche Grundlage, technische Ausstattung und personelle Stärkung.

Der Einsatz von Funk- oder GPS-Störern, von sogenannten „Jammern“, ist kein triviales Unterfangen. Derartige Eingriffe in den Luftraum oder Funkverkehr müssen präzise kontrolliert und verantwortet werden – und das erfordert sowohl technisches Know-how als auch juristische Klarheit und Handlungssicherheit.

Es genügt nicht, Geräte bereitzustellen. Die Polizistinnen und Polizisten, die mit der Abwehr betraut werden sollen, müssen umfassend geschult und fortlaufend weitergebildet werden.

Auch in der Fläche braucht es klare Handlungsanweisungen, Abläufe und Rückhalt – sowohl rechtlich als auch politisch. Denn im Ernstfall muss eine Entscheidung über das Eingreifen gegen eine Drohne binnen Sekunden getroffen werden – unter hohem Druck und potenziell mit weitreichenden Konsequenzen.

### **Drohnenabwehrzentrum geplant**

Ein zentraler Bestandteil der neuen Strategie ist zudem die Einrichtung eines bundesweiten Drohnenabwehrzentrums.

Dieses soll nach aktuellem Stand als Koordinierungsstelle fungieren, in der Informationen zusammenlaufen, Einsatzlagen bewertet und Maßnahmen abgestimmt werden.

Wie stark die Polizei dort eingebunden wird, soll bei der Innenministerkonferenz (IMK) Anfang Dezember entschieden werden. Die GdP begrüßt ausdrücklich, dass die Polizei hier nicht nur passiv beteiligt werden soll, sondern operativ mitentscheiden und eingreifen kann.

Ein solches Zentrum kann aus Sicht der GdP ein wertvoller Knotenpunkt sein – vorausgesetzt, es gelingt, die föderale Struktur Deutschlands sinnvoll zu überwinden und operative Kräfte mit den nötigen Ressourcen auszustatten.

Vor allem aber muss sichergestellt werden, dass Informationen über potenzielle Bedrohungen schnell, länderübergreifend und praxisorientiert an die Einsatzkräfte vor Ort weitergegeben werden.

### **Ein Appell an die Politik**

Die Gewerkschaft der Polizei fordert: Wer neue Aufgaben an die Polizei heranträgt, muss auch die notwendigen Mittel und Personal bereitstellen. Technische Lösungen allein reichen nicht aus – sie müssen in ein umfassendes Sicherheitskonzept eingebettet sein, das die Polizei nicht nur als ausführendes Organ, sondern als gestaltenden Akteur begreift.

Wenn die Polizei in diesem neuen Bereich wirksam arbeiten soll, muss sie befähigt werden – durch moderne Technik, gute Ausbildung und klare rechtliche Rahmenbedingungen.

Nur dann kann sie ihre Rolle als Garantin der öffentlichen Sicherheit auch in der digitalen und luftgestützten Bedrohungslage glaubwürdig ausfüllen. Das Thema nimmt täglich weiter Fahrt auf. Wir sind also gefordert, schnell zu handeln und auf den digitalen Zug aufzuspringen. ■

Peter Wittig

# NEUES AUS DEM HAUPTPERSONALRAT DER POLIZEI

Neben den bereits bekannten Projekten beschäftigen zahlreiche weitere Arbeitsgruppen die hessische Polizei. Ob Verkehrssicherheit, Aus- und Fortbildung, Krisenvorsorge, oder die Entwicklung der Forensikstraße – die Themenpalette ist breit und zeigt deutlich: Die hessische Polizei befindet sich in einem dynamischen Veränderungsprozess, der von Engagement, Sachverstand und Tatkraft geprägt ist. An dieser Stelle ein kurzer Überblick der Sachstände.

## Präsidentiale Wechsel an den Spitzen der Präsidien

Ein bedeutender Personalwechsel prägt derzeit die Führungsebene der hessischen Polizei: Andreas Röhrig, Präsident des Hessischen Landeskriminalamts (HLKA), ist zum 30. November 2025 in den Ruhestand eingetreten. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde er bereits am 6. November in den Räumen des Innenministeriums verabschiedet. Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck überreichte ihm die Ruhestandsurskunde und würdigte seine Verdienste um die hessische Polizei.

Die Nachfolge im HLKA tritt Daniel Muth an. Mit seinem Wechsel an die Spitze des Landeskriminalamts wird zugleich der Posten des Polizeipräsidenten im Polizeipräsidium Südosthessen vakant.

Eine Entscheidung über die Nachfolge war bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitschrift noch nicht gefallen.

Bereits Anfang Oktober wurde eine weitere Personalentscheidung umgesetzt: Christian Vögele ist neuer Präsident des Polizeipräsidiums Südhessen. Seine bisherige Position als Vizepräsident beim Polizeipräsidium Frankfurt ist ausgeschrieben, eine Nachbesetzung steht noch aus.

Der Hauptpersonalrat wünscht allen Beteiligten viel Erfolg und ein gutes Händchen in ihren neuen Aufgaben – und Andreas Röhrig alles Gute für den wohlverdienten Ruhestand.

## Neues Pilotprojekt: Kombination von Bodycam und DEIG

Das Landespolizeipräsidium stellte kürzlich ein neues Pilotprojekt vor, das die bestehende Bodycam-Technik mit der neuen Version des Distanz Elektro Impulsgeräts (DEIG oder Taser) verknüpfen soll.

Ziel ist, die Einsatzdokumentation und Beweissicherung weiter zu optimieren.

Als Pilotdienststellen wurden das Überfallkommando in Frankfurt und das 1.



Polizeirevier in Wiesbaden ausgewählt. Die Ausschreibungsverfahren laufen bereits; weitere Schritte sollen zeitnah folgen.

## Projekt S 25: Einheitliches Verfahren zur Erhebung von Abwesenheiten

Im Teilprojekt 1 von S 25 wurden verschiedene Berechnungsmodelle entwickelt, um eine standardisierte Erhebung von Abwesenheiten innerhalb der hessischen Polizei zu ermöglichen.

Grundlage bildet ein sogenannter IZEMA-Report, der dem Hauptpersonalrat zur Beschlussfassung vorlag. Ziel ist ein landesweit einheitliches Vorgehen.

Darüber hinaus wurde durch S 25 bestätigt, dass es auch künftig eine Tagdienstkomponente geben wird.

Die abschließenden Empfehlungen aus allen drei Teilprojekten sollen – so der aktuelle Plan – noch vor Weihnachten veröffentlicht werden.

## Projekt P 25: Fortschritte in Struktur und Digitalisierung

Im Rahmen von P 25 wurde empfohlen, künftig keine K 40-Dienststellen (ehemals DEG) mehr auszuweisen.

Das Projekt schreitet in mehreren Etappen voran, weitere Ausgestaltungen folgen sukzessive.

Eine erfreuliche Entwicklung: In der Polizeidirektion Rheingau-Taunus wird künftig ebenfalls eine Regionale Kriminalinspektion (RKI) eingerichtet.

Damit ist nun jede Flächendirektion in Hessen mit einer RKI ausgestattet.

Ende Oktober fand zudem im Polizeipräsidium Südosthessen eine hybride Informationsveranstaltung des Projekts statt, bei der unter anderem die RPA-Software (Robotic Process Automation)

und die neue Data-Pipeline vorgestellt wurden.

## Projekt F 25 und V/Z 25: Arbeit an Führungsstrukturen

Auch in den Projekten F 25 und V/Z 25 schreiten die Arbeiten weiter voran.

F 25 befasst sich mit der Analyse und Weiterentwicklung der Führungsorgane – hierzu zählen insbesondere Abteilungen, Leitungsstäbe und Führungsgruppen.

Das Projekt V/Z 25 arbeitet ebenfalls intensiv an seinen Aufgaben;

eine kurze Sachstandsdarstellung erfolgte in der jüngsten Sitzung des Hauptpersonalrats in Wiesbaden.

## Mitbestimmung auf dem Weg voraus

Der Hauptpersonalrat der Polizei Hessen bleibt dabei weiterhin verlässlicher Ansprechpartner und engagierter Begleiter aller Projekte, die die Arbeitsbedingungen und Strukturen innerhalb der hessischen Polizei nachhaltig gestalten.

Gerade in dieser Phase des Wandels ist die Rolle des Hauptpersonalrats von zentraler Bedeutung.

Die personalrätliche Mitbestimmung stellt sicher, dass Veränderungen nicht über, sondern mit den Beschäftigten gestaltet werden.

Denn eine leistungsfähige Polizei braucht nicht nur moderne Strukturen, sondern auch motivierte und gut ausgestattete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Ebenen.

Nur im offenen Dialog zwischen Beschäftigten, Dienststellen und Interessenvertretung kann der Wandel gelingen.

Wir bleiben jedenfalls am Ball, für euch und die hessische Polizei. ■

Daniel Klimpke

# SOLIDARITÄT ZEIGEN – GEMEINSAM FÜR DIE POLIZEI

In einer beeindruckenden Geste der Unterstützung hat die BBBank in Wiesbaden eine Spende in Höhe von 5.000 Euro an die Hessische Polizeistiftung übergeben. Die Übergabe erfolgte durch Nadja Wunsch namens der Bank. Diese Spende unterstreicht die besondere Wertschätzung für die Arbeit der hessischen Polizeibeschäftigten, die tagtäglich für unsere Sicherheit im Einsatz sind. Die BBBank ist langjähriger Partner und Begleiter der Polizei Hessen und der Gewerkschaft der Polizei.



Bild: Polizeistiftung

Die Hessische Polizeistiftung hat sich zum Ziel gesetzt, Polizistinnen und Polizisten sowie deren Angehörige in schweren Situationen zu unterstützen.

Dazu gehören unter anderem: finanzielle Hilfe nach Dienstunfällen, Beistand für Familien von im Dienst verstorbenen Kolleginnen und Kollegen, sowie Maßnahmen zur psychischen Regeneration.

Die Stiftung leistet so einen unverzichtbaren Beitrag, um Menschen zu helfen, die ihr Leben in den Dienst der Gesellschaft gestellt haben.

In den vergangenen Jahren konnten wir vielen Menschen helfen, die auf keinerlei Unterstützung mehr bauen konnten.

Bei teils ausweglosen Situationen konnte die Stiftung genau dort helfen, wo es dringend notwendig war.

Bei der Spendenübergabe waren wichtige Vertreter:innen der Polizei, der Stiftung und der Gewerkschaft GdP anwesend, darunter (Bild oben; v.l.):

- Landespolizeipräsident Felix Pascheck,
- Nadja Wunsch, Landesdirektorin BBBank Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
- Daniel Klimpke, Vorsitzender des Hauptpersonalrats Polizei Hessen,
- Leona Schönke, Geschäftsführerin der Polizeistiftung
- Jens Mohr Herr von der Gewerkschaft der Polizei, die den Kontakt zur BBBank herstellte.

„Es ist beeindruckend zu sehen, wie Institutionen wie die BBBank den Rückhalt für unsere Kolleginnen und Kollegen aktiv unterstützen“, betonte Daniel Klimpke.

„Gerade in Situationen, in denen Polizeibeschäftigte verletzt werden, oder Angehörige Unterstützung brauchen, ist jede Hilfe von unschätzbarem Wert, ergänzte Leona Schönke bei der Übergabe.“

Die Spende der BBBank wird direkt dazu beitragen, die Arbeit der Stiftung fortzuführen und sicherzustellen, dass

verletzte Polizeibeschäftigte und deren Familien die nötige Unterstützung erhalten – sei es durch finanzielle Hilfen, psychologische Betreuung oder Rehabilitationsmaßnahmen.

Diese Aktion zeigt eindrucksvoll:

Solidarität endet nicht an der Uniform. Sie beginnt dort, wo Menschen bereit sind, füreinander einzustehen.

Dank des Engagements von BBBank, der Gewerkschaft der Polizei und allen Beteiligten wird denjenigen, die täglich für unsere Sicherheit sorgen, konkrete Hilfe zuteil – ein Zeichen echter Wertschätzung und Gemeinschaft.

Weitere Informationen zur Hessischen Polizeistiftung, wie auch Sie helfen können, sowie Möglichkeiten zur eigenen Unterstützung finden Sie auf der offiziellen Website:

[www.polizei.hessen.de/die-polizei/hessische-polizeistiftung](http://www.polizei.hessen.de/die-polizei/hessische-polizeistiftung)

Daniel Klimpke

**Hessische Polizeistiftung**  
Auch Helfer brauchen Hilfe

Hessische Polizeistiftung  
beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport  
Friedrich-Ebert-Allee 12  
65185 Wiesbaden  
Telefon: +49(0) 611 - 353 - 1773  
Fax: +49(0) 611 - 353 - 1333  
Mail: polzeistiftung@ppp-polizei.hessen.de

Bankverbindung  
Nassauische Sparkasse  
IBAN: DE 25 5105 0215 0555 0300 03  
BIC: NASS DE 55 XXX

Nahezu täglich erfahren wir aus den Medien, dass die Arbeit der Polizeibeschäftigten häufig mit dem Einsatz von Leib, Leben und Gesundheit verbunden ist. Polizeibeschäftigter zu sein heißt auch, sich oft in Gefahr begeben zu müssen. Nicht selten werden Kolleginnen und Kollegen im Rahmen ihrer Dienstausübung schwer verletzt.

Die Hessische Polizeistiftung hat es sich seit über 40 Jahren zur Aufgabe gemacht, in solchen Fällen Betroffenen und Angehörigen zu helfen.

**Unsere Aufgaben**

- Wir unterstützen Polizeibeschäftigte, die in Ausübung ihres Dienstes schwer verletzt wurden!
- Wir unterstützen Angehörige von Polizeibeschäftigten, die in Ausübung ihres Dienstes ums Leben gekommen sind.
- Wir unterstützen finanziell Angehörige von getöteten Polizeibeschäftigten beim Eintritt von wirtschaftlichen Notlagen, die zum Teil existenzbedrohend sein können.
- Wir gewähren bei im Dienst erlittenen psychischen Schäden gezielte therapeutische Unterstützungen.

So können Sie helfen: Werden auch Sie Forceemittler!

Bleiben ein geringer monatlicher Betrag kein ernstes Hindernis, helfen Ihnen unsere Mittel und Können zu sehr begrenzt, um spendenlastig die noch besser bewirkt zu können. Ihre Mittel helfen die Hessische Polizeistiftung u.a. durch Spenden aus der Rückführung, eine Institutionen sowie über freien Willen. Das bedeutet: Neben Ihre Beiträge aus Strafverfahren zu. Die Polizeistiftung ist als anerkannt nützliche Stiftung bestrebt für Spenden, die ihrer Verfolgung ihrer Zwecke zuzuführen. Spendenbestimmungen anzuschauen.

**Wir kommen immer!**  
**Egal was es kostet**

# FÖDERALISMUS IN DER POLIZEI – ZEIT FÜR EINHEIT!

## EIN KOMMENTAR ZUR FRAGE: BRAUCHEN WIR EIN EINHEITLICHES POLIZEIGESETZ?

Das aktuell in der Erneuerungsphase befindliche Bundespolizeigesetz beschreibt den Weg der Modernisierung, folgt man dem Gesetzgeber in seiner Begründung. Schaft es aber nicht neue, zusätzliche Probleme in der Sicherheitsarchitektur und Zusammenarbeit zwischen Länder- und Bundespolizei. Es darf die Frage erlaubt sein, welche Auswirkungen das auf bspw. die Drohnenbekämpfung hat. Sind doch Bundespolizei, Länderpolizeien und auch die Bundeswehr zuständig, oder etwa nicht?



### Zahlen & Fakten zum Polizeiföderalismus in Deutschland

- Polizeigesetz:**
  - 16 Länderpolizeigesetze + Bundespolizeigesetz + 17 verschiedene Regelwerke
- Polizeikräfte:**
  - Rund 300.000 Einsatzkräfte (Stand 2024)
- Einsatzbefugnisse – länderspezifisch:**
  - Gefahrenabwehr: teils unterschiedlich definiert
  - Datenerhebung: Videoüberwachung, Kennzeichenerfassung, Telekommunikationsüberwachung
  - Zwangmaßnahmen: Durchsuchungen, Festnahmen, Identitätsfeststellungen
- Zusammenarbeit über Ländergrenzen:**
  - Notwendig bei Großveranstaltungen, Fußballspielen, Terrorlagen
  - Herausforderungen für Einsatzkräfte:
    - Rechtsunsicherheit bei länderübergreifenden Einsätzen
    - Unterschiedliche Standards erschweren Zusammenarbeit
- Vorteile des Föderalismus:**
  - Regionale Anpassung
  - Demokratische Kontrolle
  - Innovationspielräume
- Nachteile des Föderalismus:**
  - Uneinheitliche Standards
  - Reibungsverluste
  - Erhöhter Verwaltungsaufwand

Grafik: Wittig/Kr-gen.

Wenn man deutsche Polizeiarbeit mit einem Wort beschreiben müsste, wäre „komplex“ wohl eine freundliche Umschreibung. Nicht wegen der Einsätze selbst – die meistern Kolleginnen und Kollegen tagtäglich mit Professionalität und Engagement.

Komplex ist vielmehr das System, in dem sie arbeiten müssen: 17 verschiedene Polizeigesetze, eines für jedes Bundesland, dazu das Bundespolizeigesetz.

Was auf dem Papier nach föderaler Vielfalt klingt, bedeutet in der Praxis oft Verwirrung, Unsicherheit und Reibungsverluste. Denn die rechtlichen Grundlagen, auf die sich unsere tägliche Arbeit stützt, sind so unterschiedlich, dass man meinen könnte, jedes Land habe seine eigene Definition von Sicherheit.

### Föderalismus – ein historisch gewolltes System

Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte man verhindern, dass die Polizei wieder zentralisiert und politisch missbraucht werden kann. Das war richtig und bleibt ein wichtiges demokratisches Fundament. Die Polizei sollte regional verankert, bürgernah und kontrollierbar bleiben.

Jedes Bundesland kann so eigene Schwerpunkte setzen: Niedersachsen investiert stärker in Prävention, Bayern legt Wert auf weite Eingriffsbefugnisse, Berlin auf Deeskalation und Bürgerrechte.

Unterschiedliche politische Mehrheiten führen zu unterschiedlichen Gesetzen – so funktioniert Demokratie. Aber manchmal halt auch hinderlich.

### Die Realität sieht anders aus

In der täglichen Polizeiarbeit stößt dieses System längst an seine Grenzen. Groß-Einsätze, Terrorlagen, Demonstrationen, oder grenzüberschreitende Krimina-

lität machen nicht an Landesgrenzen halt. Trotzdem müssen Einsatzkräfte ständig darauf achten, welches Recht gerade gilt.

Ein Polizist aus Hessen, der in einem Unterstützungseinsatz in Bayern tätig ist, hat dort andere Befugnisse als zu Hause.

Ob er eine Person durchsuchen darf, ein Handy auswerten kann, oder eine Kamera einsetzen darf – das kann sich von Land zu Land unterscheiden.

Diese Unterschiede sind nicht nur theoretisch. Sie führen im Einsatz zu Unsicherheit, Verzögerungen.

### Föderale Vielfalt oder juristischer Flickenteppich?

Natürlich hat der Föderalismus auch Vorteile.

- Nähe zur Bevölkerung: Die Landespolizeien kennen ihre Regionen, Strukturen und Szenen.
- Politische Verantwortung: Landesregierungen müssen sich der Bevölkerung direkt stellen, wenn sie neue Polizeibefugnisse schaffen.
- Innovationsspielräume: Neue Konzepte können in einem Land erprobt werden, bevor sie bundesweit übernommen werden können.

Aber: Diese Vorteile wiegen die Nachteile längst nicht mehr auf. Denn die Unterschiede zwischen den Polizeigesetzen sind inzwischen so groß, dass Gleichbehandlung, Rechtssicherheit und Effizienz leiden.

Wir reden viel über Digitalisierung, über gemeinsame IT-Systeme, über länderübergreifende Einsatztrainings – und dann arbeiten wir mit 17 verschiedenen rechtlichen Grundlagen, die sich in zentralen Punkten widersprechen.

Das passt hinten und vorne nicht mehr wirklich zusammen.

### Einheitliches Polizeigesetz – ein Tabu?

Die Forderung nach einem bundesweit einheitlichen Polizeigesetz ist kein Ruf nach Zentralisierung oder nach einem „Einheitsstaat“. Es geht nicht darum, den Ländern ihre Polizei wegzunehmen.

Es geht um einheitliche Standards für Befugnisse, Ausbildung und Einsatzrecht.

Ein solches Gesetz könnte:

- die Rechtssicherheit für Einsatzkräfte erhöhen,
- gemeinsame Einsätze erleichtern,
- den Verwaltungsaufwand verringern,
- und eine moderne, abgestimmte Polizeiarbeit ermöglichen.

Klar: Die politischen Hürden wären hoch. Die Länder müssten Macht abgeben, und der Bund müsste bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

Aber ist es wirklich zeitgemäß, dass in einem Land eine Drohne eingesetzt werden darf, im Nachbarland aber nicht? Dass Kennzeichenerfassung hier erlaubt und dort verboten ist?

Sicherheit ist längst kein Landesproblem mehr. Kriminalität, Extremismus und digitale Bedrohungen machen nicht an der Landesgrenze Halt. Warum also sollte das Polizeirecht dort Halt machen?

Die deutsche Polizei arbeitet auf höchstem Niveau – trotz, nicht wegen der unterschiedlichen Gesetze.

Es ist Zeit, diese strukturelle Schwäche offen anzusprechen. Ein bundeseinheitliches Polizeigesetz wäre kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt für eine moderne, handlungsfähige und gerechte Polizei.

Die Sicherheit der Menschen in Deutschland ist eine gemeinsame Aufgabe – und sie verdient auch ein gemeinsames Gesetz.

Peter Wittig